



PENSIONSVERSICHERUNG FÜR DAS STAATSPERSONAL

Stiftung des öffentlichen Rechts

Jahresrechnung und Jahresbericht 2007

vom Stiftungsrat und
von der Regierung
genehmigt

Pensionsversicherung
für das Staatspersonal
Kirchstrasse 9
FL-9490 Vaduz
Telefon +423 236 66 30

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT DES PRÄSIDENTEN	2
VORWORT DES GESCHÄFTSLEITERS	4
WICHTIGES IN KÜRZE	6
BERICHT DER REVISIONSSTELLE	11
BILANZ	12
BETRIEBSRECHNUNG	13
ANHANG	14
1 GRUNDLAGEN UND ORGANISATION	14
1.1 Rechtsform und Zweck	14
1.2 Registrierung und Sicherheitsfonds	14
1.3 Rechtsgrundlagen	14
1.4 Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung	15
1.5 Experten, Revisionsstelle, Berater, Aufsichtsbehörde	15
1.6 Angeschlossene Arbeitgeber	16
2 AKTIVE MITGLIEDER UND RENTNER	17
2.1 Aktive Versicherte	17
2.2 Mitglieder Magistratenfonds	17
2.3 Mitglieder mit Freizügigkeitssperrkonten	17
2.4 Pensionsbezüger	17
3 ART DER UMSETZUNG DES ZWECKS	18
3.1 Erläuterung des Vorsorgeplans	18
3.2 Finanzierung, Finanzierungsmethode	19
3.3 Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit	19
4 BEWERTUNGS- UND RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE, STETIGKEIT	20
4.1 Bestätigung über die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26	20
4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze	20
4.3 Änderung von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung	20
4.4 Erläuterungen zur erstmaligen Anwendung von Swiss GAAP FER 26	21
5 VERSICHERUNGSTECHNISCHE RISIKEN / RISIKODECKUNG / DECKUNGSGRAD	22
5.1 Art der Risikodeckung, Rückversicherungen	22
5.2 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Aktive Versicherte	22
5.3 Entwicklung des Magistratenfonds	22
5.4 Entwicklung der Freizügigkeitssperrkonten	23
5.5 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Rentner	23
5.6 Zusammensetzung der technischen Rückstellungen	23
5.7 Ergebnis des versicherungstechnischen Gutachtens	24
5.8 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen	25
5.9 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen	25
5.10 Deckungsgrad	26
6 ERLÄUTERUNG DER VERMÖGENSANLAGE UND DES NETTO-ERGEBNISSES AUS VERMÖGENSANLAGE	27
6.1 Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement	27
6.2 Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve	28
6.3 Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien	29
6.4 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente	30
6.5 Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter securities lending	30
6.6 Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage	31
6.7 Erläuterung der Anlagen beim Arbeitgeber	33
7 ERLÄUTERUNG WEITERER POSITIONEN DER BILANZ UND BETRIEBSRECHNUNG	34
7.1 Erläuterungen zur Bilanz	34
7.2 Erläuterungen zur Betriebsrechnung	37
8 AUFLAGEN DER AUFSICHTSBEHÖRDE	41
9 WEITERE INFORMATIONEN MIT BEZUG AUF DIE FINANZIELLE LAGE	42
9.1 Sonderbeitrag	42
9.2 Nachschusspflichten	42
10 EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG	42
ANGABEN ZUM VERSICHERUNGSTECHNISCHEN TEIL	43

Vorwort des Präsidenten

Geschätzte Versicherte,
Pensionistinnen und Pensionisten

Vor Ihnen liegt der neu gestaltete und nach den Bilanzrichtlinien von Swiss GAAP FER 26 erstellte Jahresbericht für das Jahr 2007. Diese neue Darstellungsart ist wahrscheinlich etwas gewöhnungsbedürftig, sie entspricht aber dem vermehrten Informationsbedürfnis und dient zur weiteren Verbesserung der Transparenz. Die Umstellung war mit einem grossen Aufwand verbunden, da auch die Vorjahreszahlen entsprechend aufbereitet werden mussten. Der erstmalige Aufbau der Bilanz war auch für die Fachleute eine Herausforderung. Wir haben aber versucht, den Jahresbericht so zu gestalten und mit Kommentaren zu versehen, dass er auch für den Laien lesbar sein sollte und die wesentlichen Aussagen nachvollzogen werden können.

Die Zahlen sprechen für sich und in der Rückschau muss das vergangene Jahr wohl mit etwas gemischten Gefühlen kommentiert werden. Auf der Risikoseite verlief die Entwicklung durchwegs positiv, die Zahl der Versicherten ist wieder gewachsen, das Rentnerverhältnis hat sich kaum verändert und auch der Risikoverlauf war besser als die versicherungstechnischen Vorgaben. Weniger erfreulich war die Entwicklung auf der Vermögensseite. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten gingen auch an der Pensionsversicherung für das Staatspersonal nicht spurlos vorüber. Zwar lag man am Ende des Jahres noch leicht im Plus, aber die angestrebte Soll-Rendite konnte nicht erreicht werden. Im langjährigen Durchschnitt kann diese Rendite aber erreicht werden und diese Langfristigkeit muss bei der Vermögensanlage in den Vordergrund gestellt werden. Es gab immer wieder Rückschläge, wichtig ist aber, dass die langfristige Ausrichtung stimmt. Deshalb gilt es, in Zeiten turbulenter Finanzmärkte die Ruhe zu bewahren und nicht in einen kurzfristigen Aktivismus zu verfallen.

Die Vermögensanlage ist eine der wesentlichen Aufgaben des Stiftungsrates und so befasste man sich an praktisch jeder Sitzung mit diesem Thema. Neben der Kenntnisnahme der aktuellen Zahlen und Entscheide über neue Anlagen, wurden auch das überarbeitete Anlagereglement inkl. Funktionendiagramm sowie die Anlagestrategie 2008 genehmigt. In insgesamt 5 Sitzungen behandelte der Stiftungsrat zudem sehr unterschiedliche Themen. Es mussten auf Antrag der Geschäftsleitung Entscheidungen in Versicherungsfragen gefällt werden, es gab Beschwerden zu behandeln und schliesslich lag ein Hauptaugenmerk auf der Revision des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVG).

Die Erstellung des Berichts und Antrags zur Revision des PVG nahm sehr viel Zeit in Anspruch. Vorerst galt es, die umfangreichen Rückmeldungen im Rahmen der Vernehmlassung zu sichten, zu ordnen und zu priorisieren. Die Projektgruppe war hier gefordert, das Machbare herauszuschälen und in die Vorlage zu übernehmen. Der Stiftungsrat legte anschliessend in Abstimmung mit der Regierung die wesentlichen Eckpunkte fest, sodass die Experten die entsprechenden Detailarbeiten an die Hand nehmen konnten.

Der Stiftungsrat genehmigte die Vorlage Anfang November und leitete sie der Regierung zur weiteren Beschlussfassung weiter. Die Behandlung im Landtag konnte dann aber aus terminlichen Gründen nicht mehr im Dezember erfolgen.

Die Revision ist mit folgenden Zielsetzungen verbunden:

Autonomie

- Erfüllung der Bedürfnisse der angeschlossenen Betriebe (Beitragsprimatlösungen)
- Stärkung der Autonomie und Erhöhung der Flexibilität

Finanzierung

- Sicherstellung der Finanzierung und Beseitigung der Unterdeckung
- Aufhebung der staatlichen Finanzierungsgarantie/Ersatz durch Bandbreitenmodell unter angemessener Heranziehung von Dienstgebern und Versicherten

Leistungen

- Beibehaltung des Leistungsniveaus auf Basis Leistungsprimat, weiterhin gesetzliche Verankerung des Leistungsprimats
- Versicherung der Gratifikation
- Lebenspartnerpension

Die Vorlage stellt einen Kompromiss zwischen der Forderung nach einer Umwandlung in eine Beitragsprimatskasse und den berechtigten Anliegen der Versicherten dar. Die Revision ist auch deshalb sehr wichtig, weil den zusätzlichen Anforderungen und Wünschen der angeschlossenen Betriebe mit dem heutigen, starren und unflexiblen System nicht entsprochen werden kann. Sollte die Pensionsversicherung für das Staatspersonal nicht in der Lage sein, diesen Wünschen zu entsprechen, ist wohl damit zu rechnen, dass einzelne Betriebe aus der Pensionsversicherung austreten werden. Die politische Diskussion wird zeigen, inwieweit die Vorlage als Kompromiss angesehen wird.

Für das kommende Jahr bleibt zu hoffen, dass sich die Turbulenzen an den Finanzmärkten wieder legen und die in den letzten Jahren eingeleitete Entwicklung zur Erreichung der Volldeckung und Bildung der Wertschwankungsreserven positiv weitergeführt werden kann.

Präsident des Stiftungsrates



Peter Mella

Vorwort des Geschäftsleiters

Geschätzte Versicherte,
Pensionistinnen und Pensionisten

Gemäss Art. 14a Abs. 1 des Gesetzes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal, LGBl. 1996 Nr. 191, hat die Pensionsversicherung die Mitglieder jährlich über die Tätigkeit im vergangenen Jahr, über die Jahresrechnung und die Vermögensanlage zu informieren. Mit dem vorliegenden Jahresbericht kommt die Geschäftsleitung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal diesem Auftrag nach.

Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal lehnt sich seit der Jahresrechnung 2007 an die Fachempfehlung (FER) insbesondere an die besondere Empfehlung Swiss GAAP FER an. Bei der Erstellung der Jahresrechnung nach Swiss GAAP FER sind die Bestimmungen von Spezialgesetzen der beruflichen Vorsorge soweit zu berücksichtigen, dass keine zusätzliche Rechnungsablage notwendig ist. Für die Pensionsversicherung für das Staatspersonal gilt der übergeordnete Grundsatz von Swiss GAAP FER, wonach die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (true & fair view) zu vermitteln hat. Dies bedeutet die konsequente Anwendung von aktuellen Werten (im Wesentlichen Marktwerte) für alle Vermögensanlagen. Der Abschluss nach Swiss GAAP FER 26 umfasst Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang mit Vorjahreszahlen.

Im Nachgang zur Neugestaltung der Darstellung der kaufmännischen Jahresrechnung 2007 ist auch die versicherungsmathematische Bilanz anhand der veränderten Rechnungslegungsgrundsätze entsprechend dargestellt. Die Neuerungen betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Die kaufmännische Bilanz und die versicherungsmathematische Bilanz umfassen neu die gesamten Aktivitäten der Stiftung; d.h. die Pensionsversicherung im engeren Sinne (wie bis anhin nur in der versicherungsmathematischen Bilanz dargestellt) wie das Vorsorgekapital Aktive und Rentner sowie die Risikoschwankungsreserve und die Tarifierreserve, den Magistratenfonds, die Freizügigkeitssperrenkonten und die Rückstellung Teuerungsanpassung.
- Die kaufmännische Bilanz ist neu sowohl bezüglich Darstellung als auch Inhalt mit der versicherungsmathematischen Bilanz sehr ähnlich.
- Aufgrund der Tatsache, dass in der neuen, umfassenden Darstellung mit grösseren Vermögenswerten gerechnet wird, ergeben sich im Vergleich zu der bisherigen Darstellung leicht höhere Deckungsgrade (Verhältniszahlen). Die Differenzen zwischen den IST- und den SOLL-Vermögensbeständen hingegen bleiben unverändert.

Rechnungsergebnis

Die Jahresrechnung 2007 schliesst mit Zuflüssen aus Beiträgen und Eintrittsleistungen in Höhe von CHF 47'590'103.86 und Abflüssen für Leistungen und Vorbezüge in Höhe von CHF -22'190'220.10 sowie Auflösung/Bildung der Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen sowie Versicherungsaufwand von CHF -45'075'971.03 mit einem Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil von CHF -19'676'087.27 ab. Die Vermögensanlagen haben dieses Netto-Ergebnis nicht wie erwartet verbessern können und es resultiert ein Ertrags-/Aufwandüberschuss von CHF -18'455'429.70. Das Vorsorgekapital erhöht sich von CHF 520'575'658.74 im Jahre 2006 auf CHF 565'532'365.77 per 31.12.2007 und es resultiert ein Stiftungskapital von CHF -25'408'367.92 (Vorjahr CHF -11'735'836.57).

Für die erstmalige Anwendung von Swiss GAAP FER 26 wurden zusätzlich Aktiven von CHF 4'782'898.35 gebildet.

Für die Beurteilung der Entwicklung im Berichtsjahr 2007 sind folgende Hinweise wichtig:

- Die Vermögenszunahme ist äusserst bescheiden ausgefallen. Sie ist gar kleiner als die Summe der vereinnahmten Beiträge; dies obwohl deutlich mehr Eintrittsleistungen und Einkaufssummen eingegangen sind als Austrittsleistungen ausbezahlt wurden.
- Die Vermögenszunahme ist günstig beeinflusst worden durch den Umstand, dass einerseits Swiss GAAP FER 26 eine namhafte Aufwertung der Immobilienwerte erforderte (Aufwertung um CHF 3'456'000) und andererseits geschuldete Einkaufssummen im Betrage von CHF 1'327'000 zu aktivieren waren. Dieser Entlastung steht eine mehr als vier mal so grosse Belastung gegenüber, denn das Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen ist um mehr als CHF 20 Mio. niedriger ausgefallen als im Vorjahr.

Aufgrund dieser Umstände weist die Bilanz per 31.12.2007 einen Deckungsgrad von 95.5% (Vorjahr 98.7%) aus.

Sicherheitsfonds

Als wesentliche Neuerung ist zudem der im Jahre 2007 erfolgte Anschluss der Pensionsversicherung für das Staatspersonal an den schweizerischen Sicherheitsfonds BVG zu nennen. Mittels Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein mussten sich alle Pensionsversicherungen des Landes dem schweizerischen Sicherheitsfonds BVG anschliessen.

Versicherte / Rentnerinnen und Rentner

Ende 2007 waren insgesamt 3'688 (Vorjahr 3'510) Personen bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal versichert. Davon sind 604 (Vorjahr 564) Pensionsbezüger. Das nach wie vor günstige Verhältnis von 5.11 Aktiven auf 1 Pensionist trägt jährlich zu einem beachtlichen Mittelzufluss bei.

Geschäftsleiter



Ralph Büchel

Wichtiges in Kürze

In diesem Kapitel sind die wichtigsten Daten der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zusammengefasst. Die Detailinformationen sind im Anhang der Jahresrechnung aufgeführt.

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat im Jahr 2007 die in verschiedener Hinsicht günstigen Rahmenbedingungen für eine Verbesserung der Deckungssituation nicht vollumfänglich nutzen können. Günstige Rahmenbedingungen deshalb, weil

- der aktive Versichertenbestand nochmals stark zugenommen, aber dabei nicht gealtert hat;
- die durchschnittliche Gehaltsentwicklung eher bescheiden war;
- es keine Anpassung der laufenden Pensionen gegeben hat und der aus den Bewegungen im Rentnerbestand bestimmte Risikoverlauf als sehr günstig beurteilt werden muss;
- durch die Aufwertung der Immobilien sowie die zusätzliche Aktivierung von Einkaufssummen (Swiss GAAP FER 26) wurde eine aussergewöhnliche Vermögenszunahme realisiert.

Ungünstig war einzig das Ergebnis aus Vermögensanlagen; dieser negative Effekt war jedoch weit gewichtiger als die Summe der genannten positiven Effekte. Der Deckungsgrad hat darum um 3.2% abgenommen.

Bestand und Veränderung der aktiven Versicherten und der Rentner

Aktive Versicherte

	31.12.2007		31.12.2006	
Männer	1'615	+4.3%	1'548	+1.8%
Frauen	1'469	+5.1%	1'398	+3.1%
Total	3'084	+4.7%	2'946	+2.4%

Der Bestand hat nochmals um 138 Versicherte bzw. um 4.7% zugenommen. Der Anteil der Frauen hat wiederum stärker zugenommen als derjenige der Männer. Der Frauenanteil ist innert fünf Jahren von 43.8% auf 47.6% angestiegen.

Dank der starken Bestandeszunahme hat sich die Altersstruktur kaum verändert. Auf denselben Umstand zurückzuführen ist auch die Tatsache, dass das durchschnittlich erreichte Lebensalter nur unmerklich angestiegen ist.

Pensionsbezüger

Pensionsart	31.12.2007	31.12.2006
Alter	397	363
Hinterlassene	119	112
Invaliden	88	89
Total	604	564

Der Pensionistenbestand hat im Jahre 2007 netto um 40 Pensionisten oder um 7.1% zugenommen. Diese Nettozunahme um 40 ergibt sich aus 73 Zugängen und

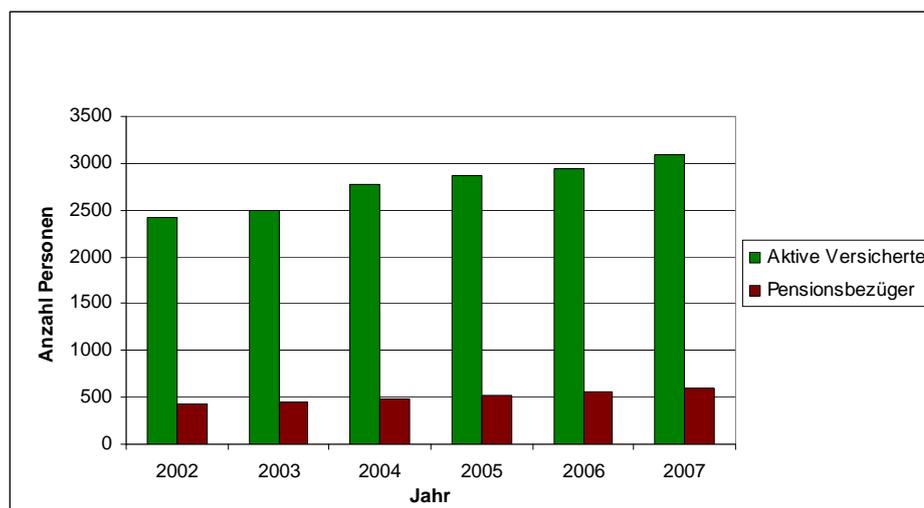
33 Abgängen. Obwohl das Durchschnittsalter des Pensionistenbestandes nur bescheiden zugenommen hat, stellt man bei den Alters- und den Hinterlassenenrenten eine zunehmend stärkere Belegung der oberen Altersgruppen fest. Man sieht insbesondere auch das diesbezüglich stark wachsende Potential bei den Altersrenten.

Rentenverhältnis (inkl. Kinder)

	31.12.07	31.12.06	31.12.05	31.12.04
Aktive Versicherte	3'084	2'946	2'876	2'778
Pensionsbezüger	604	564	521	484
Rentenverhältnis	5.11	5.22	5.52	5.74

Das Rentenverhältnis hat sich weiter zurückgebildet, weil die Pensionsbezüger wiederum stärker zugenommen haben als die aktiven Versicherten.

Entwicklung der aktiven Versicherten und Pensionsbezüger



Deckungsgrad Entwicklung

31.12.2007	31.12.2006
95.5%	98.7%

Für die Deckungsgradberechnung wurde ein Sonderbeitrag von 1.5% berücksichtigt.

Stiftungsvermögen

Entwicklung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal seit 1980 - 2006

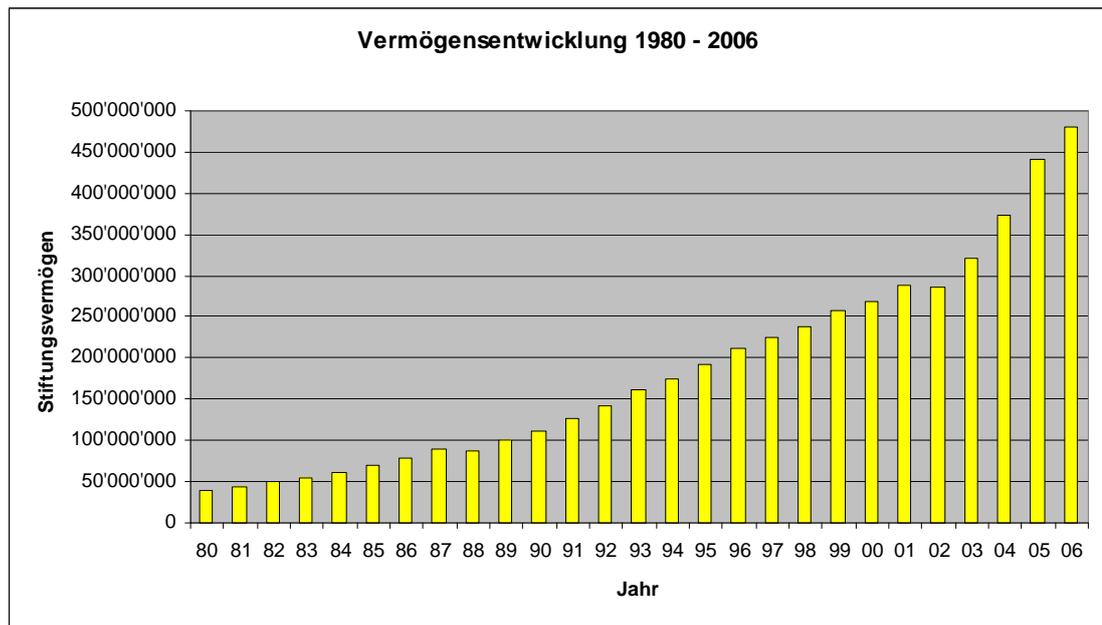
Jahr	versich. Math. Bilanz		Kaufmännische Bilanz	
	Deckungsgrad offene Kasse	Deckungsgrad geschl. Kasse	Ertrags- überschuss	Stiftungsvermögen = Vorsorgekapital
1980			3'632'807.50	38'526'667.24
1981	92.20%	75.10%	4'877'391.40	43'404'058.64
1982			6'093'233.16	49'497'291.80
1983	100.50%	80.10%	5'809'329.80	55'306'621.60
1984			6'377'399.60	61'684'021.20
1985	110.90%	90.00%	7'126'607.70	68'868'327.55
1986			9'880'541.50	78'748'869.05
1987	98.60%	83.70%	11'323'206.95	90'072'076.00
1988	102.90%	85.30%	-2'271'589.10	87'800'486.90
1989	93.60%	79.70%	11'746'296.75	99'546'783.65
1990	100.30%	84.00%	12'080'786.55	111'627'570.20
1991	112.00%	95.80%	16'024'881.27	127'652'451.47
1992	107.30%	92.10%	14'908'605.93	142'561'057.40
1993	108.80%	94.30%	18'041'365.47	160'602'422.87
1994	109.90%	96.30%	14'789'200.73	175'391'623.60
1995	109.40%	96.30%	15'685'223.12	191'076'846.72
1996	112.40%	98.90%	20'690'428.55	211'767'275.27
1997	110.60%	97.30%	13'940'643.26	225'707'918.53
1998	108.40%	96.00%	12'248'864.65	237'956'783.18
1999	114.90%	101.00%	20'701'363.00	258'658'146.18
2000*	103.70%	91.20%	10'907'286.68	269'565'432.86
2001	97.70%	85.80%	18'819'202.12	288'384'634.98
2002	87.40%	78.00%	-2'674'286.83	285'710'348.15
2003	91.10%	81.30%	35'429'960.91	321'140'309.06
2004	94.00%	84.00%	52'320'465.66	373'460'774.72
2005	99.30%	90.10%	67'681'637.32	441'142'412.04
2006	99.03%	90.11%	39'786'389.39	480'928'801.43

* ab Jahr 2000: Deckungsgrad berechnet nach Grundlagen EVK 2000. Die Zahlen verstehen sich, exklusive Zusatzbeiträge

In obigen Zahlen ist bis Ende 1988 das Kapital der Sparkasse enthalten. Diese wurde per 31.12.88 aufgelöst. Die nicht ausbezahlten Sparkapitalien wurden in die Pensionsversicherung für das Staatspersonal übertragen.

Von 1992 bis 2001 war aufgrund der finanziellen Lage der Pensionsversicherung für das Staatspersonal kein Zusatzbeitrag des Arbeitgebers zu entrichten.

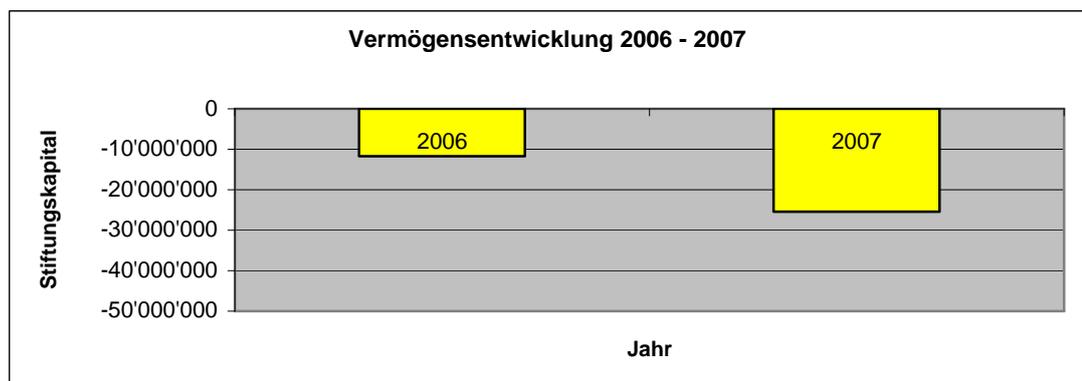
Entwicklung des Stiftungsvermögens (Vorsorgekapital) 1980 - 2006



Entwicklung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal seit 2006 (Swiss GAAP FER)

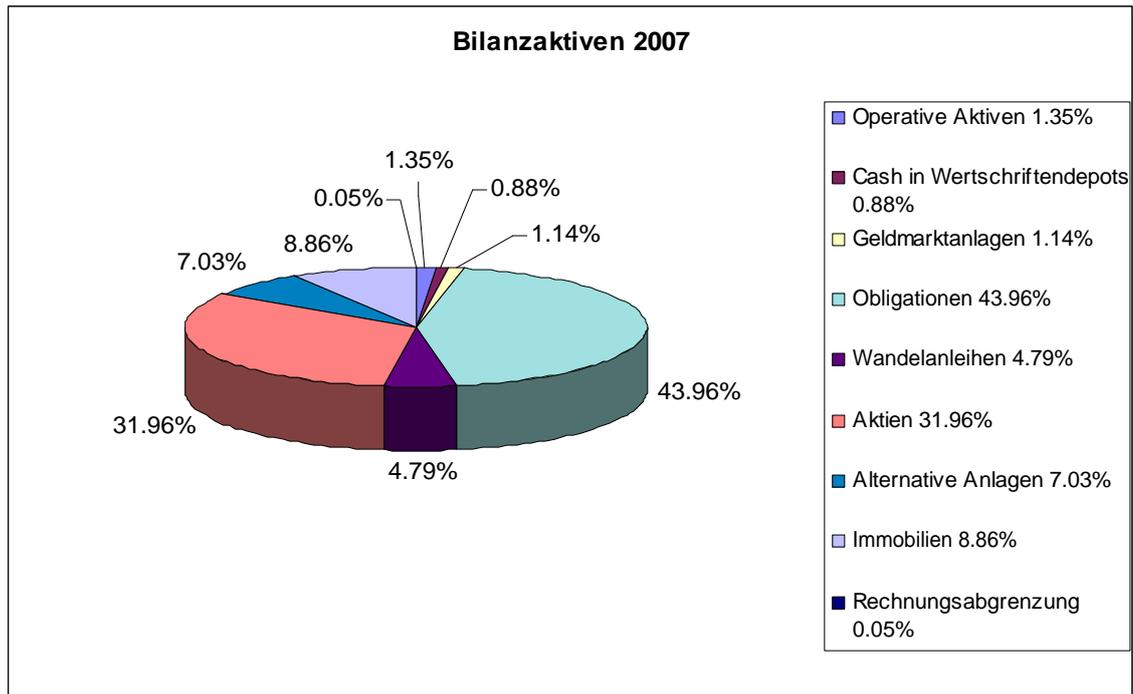
Jahr	Deckungsgrad	Bilanz	
	Prospektive Betrachtung geschlossene Kasse (Swiss GAAP FER 26)	Ertragsüberschuss	Stiftungskapital
2006	98.7%	-2'792'448.61	-11'735'836.57
2007	95.5%	-18'455'429.70	-25'408'367.92

Entwicklung des Stiftungskapitals 2006 – 2007 (Swiss GAAP FER)



Die Überleitung der Position "Vorsorgekapital" gemäss Jahresrechnung 2006 CHF 480'928'801.43 zur Position "Stiftungskapital" CHF -11'735'836.57 ist unter Kapitel 4.4 dargestellt.

Bilanzaktiven-Diagramm



BERICHT DER REVISIONSSTELLE

Ostschweizerische
Treuhand-Gesellschaft

Mitglied der Treuhand  Kammer
Verbunden mit 

Bogenstrasse 7
Postfach 441, 9004 St.Gallen
Telefon 071 272 00 70
Telefax 071 272 00 71
Mehrwertsteuer-Nr. 250 519

Bericht der Revisionsstelle an den
Stiftungsrat der

Pensionsversicherung für das Staatspersonal des Fürstentums Liechtenstein

Als Revisionsstelle gemäss Artikel 14g des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang, Seiten 12 bis 42), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten der Pensionsversicherung für das Staatspersonal für das am 31. Dezember 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Erstellung der Jahresrechnung, die Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten ist die Geschäftsleitung verantwortlich, wobei der Stiftungsrat die Jahresrechnung zu genehmigen hat und für die Überwachung verantwortlich ist. Unsere Tätigkeit besteht hingegen darin, die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Unabhängigkeit und Anerkennung erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung, der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten dem Gesetz und den Verordnungen.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Jahresrechnung wurde nach den Grundsätzen von Swiss GAAP FER 26 erstellt. Die Bewertungsgrundsätze, die Behandlung der Vorjahreszahlen sowie weitere Massnahmen der Erstanwendung von Swiss GAAP FER 26 sind im Anhang der Jahresrechnung erläutert.

Ostschweizerische Treuhand-Gesellschaft



Daniel Steiner
eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer



Reto Zellweger
eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer

St. Gallen, 28. Mai 2008

BILANZ

	Index Anhang	31.12.2007 CHF	31.12.2006 CHF
AKTIVEN			
Vermögensanlagen	6.3	542'059'352.27	513'187'365.13
Operative Aktiven			
Cash (Flüssige Mittel bei Banken)	7.1.1	232'657.90	38'049'556.80
Forderungen	7.1.2	1'651'252.35	262'433.60
Anlagen beim Arbeitgeber	6.7	5'416'860.85	2'951'604.36
Anlagen			
Cash in Wertschriftendepots		4'748'489.82	4'773'371.98
Geldmarktanlagen		6'191'286.69	3'389'020.87
Obligationen		238'391'878.71	212'865'133.54
Wandelanleihen		25'972'397.62	26'140'373.87
Aktien		173'310'596.94	169'920'076.95
Alternative Anlagen		38'102'498.89	15'769'649.97
Immobilien	7.1.3	48'041'432.50	39'066'143.19
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.1.4	294'425.47	202'313.52
TOTAL AKTIVEN		542'353'777.74	513'389'678.65
PASSIVEN			
Verbindlichkeiten	7.1.5	1'624'341.14	4'272'414.98
Freizügigkeitsleistungen und Renten		1'126'324.65	2'161'359.35
Andere Verbindlichkeiten		498'016.49	2'111'055.63
Passive Rechnungsabgrenzung	7.1.6	605'438.75	277'441.50
Nicht-technische Rückstellungen		0.00	0.00
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen		565'532'365.77	520'575'658.74
Vorsorgekapital Aktive Versicherte	5.2	319'381'000.00	294'293'638.00
Magistratenfonds	5.3	552'491.26	415'302.01
Freizügigkeitssperrkonten	5.4	21'072'962.36	19'488'357.03
Vorsorgekapital Rentner	5.5	191'538'000.00	179'369'000.00
Technische Rückstellungen	5.6	32'987'912.15	27'009'361.70
Wertschwankungsreserve	6.2	0.00	0.00
Stiftungskapital		-25'408'367.92	-11'735'836.57
Stand zu Beginn der Periode	4.4	-11'735'836.57	-8'943'387.96
Erstmalige Anwendung Swiss GAAP FER 26	4.4	4'782'898.35	0.00
Ertrags- / Aufwandüberschuss		-18'455'429.70	-2'792'448.61
TOTAL PASSIVEN		542'353'777.74	513'389'678.65

BETRIEBSRECHNUNG

	Index Anhang	2007 CHF	2006 CHF
Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	7.2.1	38'409'035.59	35'154'625.10
Beiträge Arbeitnehmer		17'116'773.80	16'361'438.94
Beiträge Arbeitgeber		17'081'243.34	16'170'494.82
Einmaleinlagen und Einkaufsummen		1'927'039.90	447'401.78
Sanierungsbeiträge Arbeitgeber		2'283'978.55	2'175'289.56
Eintrittsleistungen	7.2.2	9'181'068.27	6'390'968.43
Freizügigkeitseinlagen		9'181'068.27	6'390'968.43
Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen		47'590'103.86	41'545'593.53
Reglementarische Leistungen	7.2.3	-15'513'988.90	-13'815'751.15
Alterspension		-10'419'789.00	-9'031'519.25
Hinterlassenenpension		-2'547'710.55	-2'415'863.95
Invalidenpension		-2'451'718.00	-2'263'673.95
Kapitalleistungen bei Pensionierung		-50'419.60	-104'694.00
Kapitalleistungen bei Tod und Invaldität		-44'351.75	0.00
Austrittsleistungen	7.2.4	-6'676'231.20	-7'130'030.23
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt		-6'118'337.92	-6'639'534.35
Vorbezüge Scheidung		-557'893.28	-490'495.88
Abfluss für Leistungen und Vorbezüge		-22'190'220.10	-20'945'781.38
Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen		-44'956'707.03	-45'986'863.73
Auflösung/Bildung Vorsorgekapital Aktive Versicherte	5.2	-25'087'362.00	-18'585'638.00
Auflösung/Bildung Magistratenfonds	5.3	-120'577.20	-115'939.20
Verzinsung Magistratenfonds	5.3	-16'612.05	-11'514.00
Auflösung/Bildung Freizügigkeitssperrkonten	5.4	-1'244'360.63	-1'604'833.73
Verzinsung der Freizügigkeitssperrkonten	5.4	-340'244.70	-330'382.05
Auflösung/Bildung Vorsorgekapital Rentner	5.5	-12'169'000.00	-21'587'200.00
Auflösung/Bildung technische Rückstellungen	5.6	-5'978'550.45	-3'751'356.75
Versicherungsaufwand		-119'264.00	0.00
Beiträge an Sicherheitsfonds		-119'264.00	0.00
Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil		-19'676'087.27	-25'387'051.58
Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen	6.6	1'978'821.36	23'378'272.58
Ergebnis Cash		68'452.72	46'224.00
Zinsen		-13'175.88	-33'013.85
Ergebnis Forderungen		11'660.10	9'385.40
Ergebnis Cash in Wertschriftendepots		-254'971.46	743'783.22
Ergebnis Geldmarktanlagen		819'173.86	115'468.15
Ergebnis Obligationen		334'872.04	-306'785.37
Ergebnis Wandelanleihen		416'650.63	931'263.76
Ergebnis Aktien		5'927'612.97	22'783'270.39
Ergebnis Alternative Anlagen		-2'551'193.17	156'815.29
Ergebnis Immobilien	7.2.5	-303'673.42	887'270.26
Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen		-2'476'587.03	-1'955'408.67
Sonstiger Ertrag	7.2.6	124'186.14	26'118.56
Sonstiger Aufwand	7.2.7	-6'541.10	0.00
Verwaltungsaufwand	7.2.8	-875'808.83	-809'788.17
Ertrags-/Aufwandüberschuss vor Bildung WS-Reserve		-18'455'429.70	-2'792'448.61
Bildung Wertschwankungsreserve	6.2	0.00	0.00
Ertrags-/Aufwandüberschuss		-18'455'429.70	-2'792'448.61

ANHANG

1 Grundlagen und Organisation

1.1 Rechtsform und Zweck

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Vaduz.

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat den Zweck, die Versicherten gegen die wirtschaftlichen Folgen der Invalidität, des Todes, des Alters und der Entlassung zu schützen. Sie erfüllt beim Staatspersonal denselben Zweck wie die obligatorische betriebliche Personalvorsorge bei den übrigen im Fürstentum Liechtenstein beschäftigten Arbeitnehmern. Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal sieht in jedem Leistungsfall mindestens gleich hohe Leistungen vor wie die obligatorische betriebliche Personalvorsorge.

1.2 Registrierung und Sicherheitsfonds

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist Trägerin der betrieblichen Vorsorge im Sinne von Art. 13 des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge. Sie ist dem Sicherheitsfonds seit dem 1. Januar 2007 angeschlossen.

1.3 Rechtsgrundlagen

Die Organisation und Tätigkeit der Pensionsversicherung für das Staatspersonal basieren auf folgenden Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien:

- Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] (LGBl. 1989 Nr. 7) in der aktuellen Fassung
- Verordnung vom 27. März 2001 zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (LGBl. 2001 Nr. 73) in der aktuellen Fassung
- Verordnung vom 11. Januar 2005 über die Ausrichtung einer Teuerungszulage auf die laufenden Pensionen (LGBl. 2005 Nr. 7)
- Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (LGBl. 2002 Nr. 152)
- Pflichtenheft der Geschäftsleitung vom 27. Januar 1998
- Geschäftsordnung des Stiftungsrates vom 27. Januar 1998
- Anlagereglement für die Vermögensverwaltung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal des Fürstentums Liechtenstein vom 6. Dezember 2005

1.4 Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung

Der Stiftungsrat besteht aus je vier Vertretern der Dienstgeber und der Dienstnehmer. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre.

		<u>Vertreter von:</u>
Präsident:	Mella Peter, Personalchef, Triesenberg	Dienstgeber
Vizepräsident:	Kessler Andres, Finanzmarktaufsicht, Triesen	Dienstnehmer
Mitglieder:	Hemmerle Norbert, Regierungssekretär, Schaan	Dienstgeber
	Marxer Ronald, Steuerverwaltung, Mauren	Dienstnehmer
	Matt Wendula, Regierungsmitarbeiterin, Mauren	Dienstgeber
	Schädler Harald, AHV-Verwaltung, Triesenberg	Dienstgeber
	Sialm Marius, Lehrer, Planken	Dienstnehmer
	Solenthaler-Bey Sibylle, Lehrerin, Eschen	Dienstnehmer

Zeichnungsberechtigung: Kollektivunterschrift zu zweien

1.5 Experten, Revisionsstelle, Berater, Aufsichtsbehörde

Versicherungsexperte: Beratungsgesellschaft für die Zweite Säule AG, Basel
Ernst Sutter

Revisionsstelle: Ostschweizerische Treuhand-Gesellschaft, St. Gallen

Investment Controller: Complementa Investment-Controlling AG, St. Gallen
Urs Rempfler und Oliver Waldherr

Investment Advisor: PPCmetrics AG, Zürich
Dr. Andreas Reichlin

Anlageausschuss: Kurt Feller (Vorsitzender)
Rainer Beck Thomas Kieber
Thomas Lorenz Edgar Nipp
Frank Heeb Andres Kessler
Ralph Büchel
Dr. Andreas Reichlin (Berater)

Aufsichtsbehörde: Regierung des Fürstentums Liechtenstein

Geschäftsleitung: Ralph Büchel, Ruggell
Leiter der Abteilung Besoldungsadministration/Ver-
sicherungen beim Amt für Personal und Organisation

Zeichnungsberechtigung:
Kollektivunterschrift zu zweien

1.6 Angeschlossene Arbeitgeber

Per Ende 2007 bestehen für folgende Institutionen sowie Unternehmungen schriftliche Anschlussvereinbarungen:

- Liechtensteinisches Landesspital
- AHV/IV/FAK-Anstalten
- Liechtensteinische Kraftwerke
- Telecom Liechtenstein AG
- Liechtensteinische Gasversorgung
- Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland
- Abwasserzweckverband der Gemeinden Liechtensteins
- Liechtensteinische Post AG
- Post Schweiz / Postautodienst
- Ivo Matt AG / Postautodienst
- Liechtenstein Tourismus
- Liechtensteinischer Entwicklungsdienst
- Verein für Bewährungshilfe
- Flüchtlingshilfe Liechtenstein
- Fürstliche Domänenverwaltung
- Liecht. Voluptuar
- Stiftung Mater Fortior (Bistum)
- Gemeinde Triesen
- Gemeinde Vaduz
- Gemeinde Schaan
- Gemeinde Planken
- Gemeinde Eschen
- Gemeinde Mauren
- Gemeinde Gamprin
- Gemeinde Schellenberg
- Gemeinde Ruggell
- Finanzmarktaufsicht Liechtenstein

Im 2007 haben sich bei der Liste der angeschlossenen Arbeitgeber keine materiellen Veränderungen ergeben.

2 Aktive Mitglieder und Rentner

2.1 Aktive Versicherte

	2007	2006
Männer	1'615	1'548
Frauen	<u>1'469</u>	<u>1'398</u>
Total	<u>3'084</u>	<u>2'946</u>

2.2 Mitglieder Magistratenfonds

	2007	2006
Total	5	5

2.3 Mitglieder mit Freizügigkeitssperrkonten

	2007	2006
Männer	176	158
Frauen	<u>400</u>	<u>369</u>
Total	<u>576</u>	<u>527</u>

2.4 Pensionsbezüger

Pensionsart	2007	2006
Altersrenten		
Männer	249	233
Frauen	138	120
Kinder	10	10
Hinterlassenenrenten		
Männer	4	4
Frauen	105	100
Kinder	10	8
Invalidenrenten		
Männer	34	35
Frauen	38	35
Kinder	<u>16</u>	<u>19</u>
Total	<u>604</u>	<u>564</u>

3 Art der Umsetzung des Zwecks

3.1 Erläuterung des Vorsorgeplans

Der Vorsorgeplan der Pensionsversicherung für das Staatspersonal beruht auf dem Leistungsprimat. Er ist im Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal im Detail beschrieben. Die wesentlichen Merkmale des Vorsorgeplanes sind:

Rücktrittsalter:

- Männer: 65 bis 31.12.2000
64 ab 01.01.2001
- Frauen: 62 bis 31.12.2002
63 ab 01.01.2003
64 ab 01.01.2009

Versicherte Besoldung:

12-faches Monatsgehalt (Jahresgrundbesoldung)

Höhe der Alterspension:

Skala für Pension mit Eintrittsalter 24 für Männer und Frauen sowie Rücktrittsalter 64 für Männer und Frauen:

- 40 Versicherungsjahre bei voller Versicherungsdauer
- 1.26% der versicherten Besoldung als Alterspension pro Versicherungsjahr
- im Maximum 50.4% Alterspension bei 40 Versicherungsjahren

Höhe der Invalidenpension:

Skala für Pension mit Eintrittsalter 24 für Männer und Frauen sowie Rücktrittsalter 64 für Männer und Frauen:

- 40 Versicherungsjahre bei voller Versicherungsdauer
- 1.26% der versicherten Besoldung als Alterspension pro Versicherungsjahr
- im Maximum 50.4% Alterspension bei 40 Versicherungsjahren

Höhe der Ehegattenpension:

2/3 der anwartschaftlichen oder laufenden Alters- oder der Invalidenpension

Höhe der Kinder- und Waisenpension pro Kind und Jahr:

- Kinderpension zur Alterspension:
25% der Alterspension; Höchstleistung von 75% der Alterspension bei mehreren Kindern
- Kinderpension zur Invalidenpension:
25% bis Alter 16
30% bis Alter 19
35% bis Alter 25
der Invalidenpension; Höchstleistung bei mehreren Kindern 75% der Alterspension
- Waisenpension zur Alters-/Invalidenpension:
Höhe gleich Kinderpension zur Invalidenpension; Vollwaisen erhalten 200% der minimalen Waisenpension von 25% sofern keine Waisenpension von 2. verstorbenen Elternteil; Höchstleistung von 75% der Alterspension wie bei Kinderpension zur Invalidenpension

Entlassungspension bei Entlassung ab Alter 55, sofern 25 Dienstjahre vollendet sind

Todesfallabfindungen bei Tod vor dem Bezug der Alterspension bzw. bei Tod innerhalb von 10 Jahren seit dem Beginn des Alterspensionsbezugs

Teilweiser Kapitalbezug der Altersleistung möglich

Freizügigkeitsleistung bei vorzeitiger Beendigung des Dienstverhältnisses ohne Anspruch auf eine Alters- oder Invalidenpension

3.2 **Finanzierung, Finanzierungsmethode**

Die Finanzierung ist im Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal wie folgt geregelt:

Einkaufssumme bei Neueintritt über Alter 24, ansonsten Leistungskürzung in der Form eines reduzierten Pensionssatzes (weniger als 50.4%)

Beiträge der Versicherten

- bis Alter 24: 1.5% (Risikobeitrag)

- ab Alter 24: 7.5% (Vollbeitrag)

der versicherten Besoldung

Beiträge der Dienstgeber

Grundbeiträge wie die Beiträge der Versicherten

Sonderbeiträge von höchstens 3% der versicherten Besoldung plus Summe der von den Versicherten nicht finanzierten Teuerungszulagen auf den laufenden Pensionen, sofern die versicherungstechnische Lage der Kasse dies erfordert. Entscheidungsgrundlage bilden jeweils die aktuelle versicherungsmathematische Bilanz sowie die Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal.

3.3 **Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit**

Ist bei einem Austritt aus der Pensionsversicherung für das Staatspersonal die Überweisung der fälligen Freizügigkeitsleistungen an einen neuen Arbeitgeber nicht möglich oder nicht gewünscht, erfolgt die Auszahlung auf ein so genanntes Freizügigkeitssperrkonto. Diese Konten werden von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal verwaltet.

Das Land errichtet beim Amtsantritt für jedes Regierungsmitglied einen Ausgleichfonds "Magistratenfonds", in den das Land laufend 10% der Bruttobesoldung einzahlt. Weiteres ist unter Kapitel 5.3 beschrieben.

4 **Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit**

4.1 **Bestätigung über die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26**

Die vorliegende Jahresrechnung ist in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER 26 erstellt worden. Die erstmalige Anwendung dieses Standards erfolgte per 01.01.2007.

4.2 **Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze**

Die Bewertung der Anlagen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal erfolgt nach den Grundsätzen von Swiss GAAP FER 26:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------------------|
| a) Nominalwertforderungen | zum Marktwert |
| b) Wandel- und Optionsanleihen | zum Marktwert |
| c) Aktien und aktienähnliche Anlagen | zum Marktwert |
| d) Fonds | zum Rücknahmepreis der Anteilsrechte |
| e) Immobilien | zum Marktwert |
- Der Marktwert wird jährlich einer Grob-Überprüfung unterzogen und mindestens alle drei Jahre nach anerkannten Schätzungsmethoden überprüft. Die von einem unabhängigen Experten ermittelten Verkehrswerte werden durch einen zweiten, von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal und vom ersten Experten unabhängigen Schätzer, überprüft (Second Opinion).
- | | |
|-------------------------------|---------------|
| f) Nichttraditionelle Anlagen | zum Marktwert |
|-------------------------------|---------------|

Auf fremde Währungen lautende Aktiven und Passiven wurden zum Stichtagskurs, Aufwendungen und Erträge zum jeweiligen Tageskurs in CHF umgerechnet.

4.3 **Änderung von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung**

Zu Änderungen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung ist unter Abschnitt 4.4 weiteres beschrieben. Die Vorjahreszahlen wurden an die Gliederungsvorschriften von Swiss GAAP FER 26 angepasst. Materiell wurden sie nicht verändert.

4.4 Erläuterungen zur erstmaligen Anwendung von Swiss GAAP FER 26

Im Rahmen der Umstellung auf Swiss GAAP FER 26 wurden die Liegenschaften zu Marktwerten eingesetzt und die Forderungen gegenüber Versicherten aus freiwilligen Einkäufen gemäss Art. 17 Abs. 2c PVG (Finanzierung der Einkaufssumme durch einen bis zum ordentlichen Rücktrittsalter gleichbleibenden monatlichen Zusatzbeitrag) aktiviert.

Erstmalige Anwendung	01.01.2007
	CHF
Aufwertung der Liegenschaften zum Marktwert	3'455'777.00
Aktivierung Forderungen gegenüber Versicherten	<u>1'327'121.35</u>
	<u>4'782'898.35</u>

Die Überleitung der Position "Vorsorgekapital" gemäss Jahresrechnung 2006 zur Position "Stiftungskapital, Freie Mittel/Unterdeckung" in der vorliegenden Jahresrechnung präsentiert sich wie folgt:

Überleitung	01.01.2007	01.01.2006
	CHF	CHF
Position "Vorsorgekapital" gemäss Jahresrechnung 2006	480'928'801.43	441'142'412.04
Umgliederung Vorsorgekapital Aktive	-294'293'638.00	-275'708'000.00
Umgliederung Vorsorgekapital Rentner	-179'369'000.00	-157'781'800.00
Umgliederung Risikoschwankungsreserve	-3'972'000.00	-4'885'000.00
Umgliederung Tarifreserve	<u>-15'030'000.00</u>	<u>-11'711'000.00</u>
Position "Stiftungskapital, Freie Mittel/Unterdeckung" gemäss Jahresrechnung 2007	<u>-11'735'836.57</u>	<u>-8'943'387.96</u>

5 Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad

5.1 Art der Risikodeckung, Rückversicherungen

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat die versicherungstechnische Form einer autonomen Pensionskasse. Sie trägt die versicherungstechnischen Risiken selbst. Rückversicherungen bestehen nicht.

5.2 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Aktive Versicherte

Vorsorgekapital Aktive Versicherte	2007	2006
	CHF	CHF
Stand 1.1.	294'293'638.00	275'708'000.00
Veränderung gemäss Berechnung		
Versicherungsexperte	<u>25'087'362.00</u>	<u>18'585'638.00</u>
Stand 31.12.	<u>319'381'000.00</u>	<u>294'293'638.00</u>

5.3 Entwicklung des Magistratenfonds

Magistratenfonds	2007	2006
	CHF	CHF
Stand 1.1.	415'302.01	287'848.81
Einlagen	120'577.20	115'939.20
Verzinsung	<u>16'612.05</u>	<u>11'514.00</u>
Stand 31.12.	<u>552'491.26</u>	<u>415'302.01</u>

Gemäss Art. 49a Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist für jedes Regierungsmitglied beim Amtsantritt ein Ausgleichsfonds zu bilden, in den das Land laufend wenigstens 10% der Bruttobesoldung einzahlt. Werden diese Mittel für ein Regierungsmitglied beim Ausscheiden aus dem Regierungsamt nicht benötigt, sind sie von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal dem Land zurückzuerstatten. Die Leistungen an ehemalige Regierungsmitglieder werden vorerst durch die vom Land und den Bezüglern geleisteten Einzahlungen in die Pensionsversicherung für das Staatspersonal und die Entnahmen aus dem Ausgleichsfonds gedeckt. Ein allfälliger Restbetrag ist von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal der Regierung in Rechnung zu stellen und aus den allgemeinen Staatsmitteln aufzubringen (gemäss Art. 49m des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal).

5.4 Entwicklung der Freizügigkeitssperrkonten

Freizügigkeitssperrkonten	2007	2006
	CHF	CHF
Stand 1.1.	19'488'357.03	17'553'141.25
Einlagen (Umbuchung aus Vorsorgekapital Aktive Versicherte)	5'884'830.30	5'211'245.98
Auszahlungen	-4'640'469.67	-3'606'412.25
Verzinsung	<u>340'244.70</u>	<u>330'382.05</u>
Stand 31.12.	<u>21'072'962.36</u>	<u>19'488'357.03</u>

Gemäss Art. 11a Abs. 3 der Verordnung zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat die Verzinsung derjenigen für Freizügigkeitskonten der Liechtensteinischen Landesbank per 31. Dezember des Vorjahres (Referenzzinssatz) zu entsprechen. Für das Jahr 2007 wurde der Zinssatz vom Stiftungsrat analog dem Vorjahr auf 1.75% festgesetzt.

5.5 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Rentner

Vorsorgekapital Rentner	2007	2006
	CHF	CHF
Stand 1.1.	179'369'000.00	157'781'800.00
Veränderung gemäss Berechnung Versicherungsexperte	<u>12'169'000.00</u>	<u>21'587'200.00</u>
Stand 31.12.	<u>191'538'000.00</u>	<u>179'369'000.00</u>

5.6 Zusammensetzung der technischen Rückstellungen

Technische Rückstellungen	2007	2006
	CHF	CHF
Risikoschwankungsreserve	5'632'000.00	3'972'000.00
Tarifreserve	17'892'000.00	15'030'000.00
Rückstellung Teuerungsanpassungen	<u>9'463'912.15</u>	<u>8'007'361.70</u>
	<u>32'987'912.15</u>	<u>27'009'361.70</u>

Risikoschwankungsreserve

Gemäss Anhang 1 zur Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal wird die Risikoschwankungsreserve wie folgt dotiert: Jährliche Äufnung der Reserve über 5 Jahre dergestalt, dass 200% der gemäss den Rechnungsgrundlagen zu erwartenden Risikoschadensfälle getragen werden können (Tod oder Invalidität vor dem Rücktrittsalter).

Tarifreserve

Gemäss Anhang 1 zur Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal wird die Tarifreserve wie folgt dotiert: Jährliche Äufnung um 0.3% des Deckungskapitals der aktiven Versicherten und 0.6% des Deckungskapitals der Pensionsbezüger. Dies ergibt alle 10 Jahre 3% des Aktiven- und 6% des Rentnerdeckungskapitals (für die Finanzierung des Grundlagenwechsels).

Rückstellung Teuerungsanpassungen

Gemäss revidiertem Art. 18 Abs. 4 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (in Kraft seit 1. Januar 1999) sind vom Beitragssatz der Versicherten (7.5% der versicherten Besoldung) 0.5% für die Finanzierung allfälliger Teuerungszulagen auf den laufenden Renten zu verwenden. Die Rückstellung wurde, gestützt auf Art. 11a Abs. 3 der Verordnung zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal, wie im Vorjahr mit 4% (Technischer Zinssatz) verzinst.

5.7 Ergebnis des versicherungstechnischen Gutachtens

Die versicherungsmathematische Bilanz per 31.12.2007 wurde von der Beratungsgesellschaft für die zweite Säule AG, Basel, erstellt.

In ihrem Gutachten kommt sie zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

- Das Wachstum im aktiven Versichertenbestand hat sich wieder verstärkt und die Bestandesalterung schreitet darum erfreulicherweise nur sehr langsam voran. Der Frauenanteil nimmt weiter zu; er ist innert 5 Jahren von 43.8% auf 47.6% angestiegen. Der durchschnittliche Rentensatz hat leicht sinkende Tendenz. Alle diese Feststellungen deuten darauf hin, dass zurzeit günstige statistische Rahmenbedingungen für eine erfreuliche finanzielle Entwicklung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal herrschen.
- Auch die festgestellten Bewegungen im stark gewachsenen Pensionistenbestand lassen darauf schliessen, dass im Berichtsjahr die technischen Verpflichtungen eher unterdurchschnittlich zugenommen haben, weil durch die Zu- und Abgänge per Saldo namhaft Deckungskapital frei geworden ist.
- Leider hat der Vermögensertrag als dritter Beitragszahler im Berichtsjahr einmal mehr seinen Beitrag beinahe zu 100% nicht geleistet. Da lediglich eine Nettorendite von ca. 0.38% erzielt worden ist, hat die Pensionsversicherung für das Staatspersonal technische Zinsverluste in der Höhe von CHF 19 Mio. hinnehmen müssen. Dieser Ertragsausfall hat dank der vorgenommenen Immobilienaufwertung um ca. CHF 3.456 Mio. sowie der Aktivierung von via den Arbeitgeber finanzierten Einkaufssummen von total ca. CHF 1.327 Mio. zu ca. 25% kompensiert werden können.
- Die technischen Rückstellungen sind voll geäufnet worden; sie stellen sich per 31.12.2007 auf ca. CHF 33 Mio. (Vorjahr CHF 27 Mio.).
- Wertschwankungsreserven sind nach wie vor keine gebildet worden, weil immer noch eine Unterdeckung besteht. Der Reservebedarf hat sich nicht verändert und beträgt unverändert etwas mehr als 14%.
- Der Deckungsgrad ist im Berichtsjahr – aufgrund der bereits gemachten Feststellungen – erwartungsgemäss um 3.2 Prozentpunkte gesunken. Es besteht darum weiterhin Bedarf nach zusätzlicher Finanzierung (Sonderbeiträge).

Es gilt abschliessend davon Kenntnis zu nehmen, dass aufgrund der Verordnung zur Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal für die aktiven Versicherten ein Sonderbeitrag der Dienstgeber von insgesamt 1.5% der versicherten Besoldungen zu leisten ist. Für die Pensionsbezüger hingegen ist eine Sonderfinanzierung der Teuerungszulagen ab 1.1.1999 nicht erforderlich.

5.8 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Das versicherungstechnische Gutachten wurde analog Vorjahr auf den Grundlagen EVK 2000 mit einem technischen Zinsfuss von 4% erstellt. Die Berechnung des Vorsorgekapitals erfolgt nach dem Grundsatz der prospektiven Bilanzierung in geschlossener Kasse mit der Aktivierung des halben Sonderbeitrages von 1.5%.

5.9 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen

Keine.

5.10 Deckungsgrad

Deckungsgrad gemäss kaufmännischer Bilanz (Prospektive Betrachtung, geschlossene Kasse)

	31.12.2007 CHF 1'000	31.12.2006 CHF 1'000
AKTIVEN (verfügbare Mittel)		
Bilanzsumme	542'354	513'390
Erstmalige Anwendung FER 26	0	4'783
Verpflichtungen aller Art	<u>-2'230</u>	<u>-4'550</u>
Total netto verfügbare Mittel (A)	<u>540'124</u>	<u>513'623</u>
PASSIVEN (technische Verpflichtungen)		
Vorsorgekapital Aktive Versicherte		
- mit 1.5% Sonderbeitrag	319'381	294'294
Magistratenausgleichsfonds	552	415
Freizügigkeitssperrkonten	21'073	19'488
Vorsorgekapital Rentner	191'538	179'369
Technische Rückstellungen	<u>32'988</u>	<u>27'009</u>
Totale technische Verpflichtungen (B)	<u>565'532</u>	<u>520'575</u>
DECKUNGSGRAD (A) : (B) x 100	<u>95.5%</u>	<u>98.7%</u>

Für die Deckungsgradberechnung wurde ein Sonderbeitrag von 1.5% berücksichtigt.

6 Erläuterung der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.1 Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement

Gemäss Art. 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal gehört der Erlass von Bestimmungen über die Verwaltung und Anlage des Stiftungsvermögens, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Regierung, zu den Aufgaben des Stiftungsrates. Der Stiftungsrat hat gestützt auf diese Kompetenz ein Anlagereglement erarbeitet, welches richtungweisend für den Stiftungsrat, den Anlageausschuss und die Geschäftsleitung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist. Das im Berichtsjahr gültige Anlagereglement wurde vom Stiftungsrat am 24. November 2005 erlassen und trat mittels Regierungsentscheid am 6. Dezember 2005 in Kraft (RA 2005/3030-0380).

Per 31. Dezember 2007 bestehen folgende Vertragspartner:

Anlagekategorie	Vermögensverwalter / Depotstelle
Obligationen CHF	LLB, Vaduz Sarasin, Basel
Obligationen Fremdwährung	VP-Bank, Vaduz
Wandelanleihen	Fisch Asset M., Zürich / LLB, Zürich
Aktien Schweiz	LLB, Vaduz
Aktien Welt	Pictet, Zürich Centrum Bank, Vaduz
Private Equity	LGT, Vaduz
Commodities	Goldman Sachs, London
Hedge Fund	LGT, Vaduz Harcourt, Zürich / Citco, Amsterdam
Immobilien Ausland	State Street SSgA, Zürich-Paris

Zudem besteht mit der Liechtensteinischen Landesbank ein Vertrag zur Absicherung der Fremdwährungen EURO und USD sowie ein Vertrag zur Anlage der Liquidität in Nostrocallgelder.

6.2 Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve

Zum Ausgleich von Wertschwankungen auf der Aktivseite sowie zur Gewährleistung der notwendigen Verzinsung der Verpflichtungen wird auf der Passivseite der kaufmännischen Bilanz eine Wertschwankungsreserve gebildet. Die notwendige Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wird nach der sogenannten finanzökonomischen Methode ermittelt. Beim finanzökonomischen Verfahren wird aufgrund der Rendite-/Risikoeigenschaften der Anlagekategorien der Anlagestrategie die Wertschwankungsreserve ermittelt, welche mit hinreichender Sicherheit eine geforderte Minimalverzinsung der gebundenen Vorsorgekapitalien ermöglicht. Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wird in Prozenten der Verpflichtungen ausgedrückt. Es wird ein Sicherheitsniveau von mindestens 98.5% über ein Jahr angestrebt.

Wertschwankungsreserve	2007	2006
	CHF	CHF
Vorsorgekapital und technische Rückstellungen gemäss Bilanz	565'532'365.77	520'575'658.74
Minimal notwendige prozentuale Wertschwankungsreserve bei einem Ausfallrisiko von 1.5% gemäss Investment-Controller	14.5%	14.3%
Notwendige Wertschwankungsreserve (gerundet) (A)	82'002'193.00	74'442'319.20
Bilanzierte Wertschwankungsreserve (B)	<u>0.00</u>	<u>0.00</u>
Reservedefizit (A) – (B)	<u>82'002'193.00</u>	<u>74'442'319.20</u>

6.3 Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien

6.3.1 Vermögensanlagen

	2007	2006
	CHF	CHF
Operative Aktiven	7'300'771.10	41'263'594.76
Anlagen	<u>534'758'581.17</u>	<u>471'923'770.37</u>
Total	<u>542'059'352.27</u>	<u>513'187'365.13</u>

6.3.2 Anlagebegrenzungen nach Anlagereglement

Für die Anlagen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal gelten gemäss Art. 4.3 des Anlagereglements folgende Begrenzungen:

Überprüfung Anlagereglement (inkl. Future)	Wert	Anteil	Art. 4.3.1	Art. 4.3.2	Resultat
Einzelbegrenzungen (Art. 4.3.1)					
	<small>in Mio. CHF</small>				
1.a) Forderungen Schuldner FL, CH, EWR	205.5	37.91%	max. 100%	} max. 100%	eingehalten
LLB mit Staatsgarantie	0.2	0.04%	max. 50%		eingehalten
LLB ohne Staatsgarantie	6.0	1.11%	max. 30%		eingehalten
FL Banken	3.3	0.60%	je 10%		eingehalten
übrige Schuldner	196.0	36.16%	je 5%		eingehalten
1.b) Forderungen Schuldner Drittland	77.1	14.23%	max. 75%	} max. 70%	eingehalten
1.c) Aktien und ähnliche Wertschriften	173.3	31.97%	max. 50%		eingehalten
1.e) Liegenschaften und Immobilienfonds	48.0	8.86%	max. 50%		eingehalten
1.f) nicht traditionelle Anlagen	38.1	7.03%	max. 10%		eingehalten
1.g) Grundpfand	0.0	0.00%	max. 40%		eingehalten
Gesamt	542.1	100.00%			
Gesamtbegrenzungen (Art. 4.3.2)					
2.a) Bargeld, Forderungen 4.3.1 Bst. a / b	282.6	52.14%		max. 100%	eingehalten
2.b) Liegenschaften, Aktien, ähnliche Wertschriften, andere Beteiligungen 4.3.1 Bst. c / e	221.4	40.83%		max. 70%	eingehalten
nicht traditionelle Anlagen, Grundpfand 4.3.1 Bst. f / g	38.1	7.03%		---	---
Gesamt	542.1	100.00%			
2.d) Fremdwährungen 4.3.1 Bst. a / b	7.8	1.44%		max. 50%	eingehalten
2.e) Fremdwährungen 4.3.1 Bst. c / f	110.4	20.37%		max. 30%	eingehalten
Fremdwährungen 4.3.1 Bst. e / g	-2.5	-0.46%		---	---
2.c) Total Fremdwährungen	115.8	21.36%		max. 50%	eingehalten

6.3.3 Anlagebegrenzungen nach Anlagestrategie

Gemäss Ziff. 4.6 des Anlagereglements richtet sich die Vermögensstruktur unter Beachtung der Anlagebegrenzungen gemäss Ziff. 4.3 nach dem Anlageleitbild und den dazugehörigen Bandbreiten.

Per 31. Dezember 2007 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Anlagekategorie	Marktwert Mio. CHF	Ist	SAA	Diff.	Bandbreiten			Bemerkungen
Forderungen	282.6	52.1%	48.0%	4.1%	keine			
Forderungen CHF	182.7	33.7%	28.0%	5.7%	26.0%	30.0%	3.7%	Verletzung Bandbreite
Forderungen FW	100.0	18.5%	20.0%	-1.6%	18.0%	22.0%	i.O.	
Forderungen FW (hedged)	74.0	13.7%	15.0%	-1.4%	14.0%	16.0%	-0.4%	Verletzung Bandbreite
Wandelanleihen (hedged)	26.0	4.8%	5.0%	-0.2%	4.0%	6.0%	i.O.	
Aktien	173.3	32.0%	32.0%	0.0%	28.0%	36.0%	i.O.	
Aktien Schweiz/FL	66.1	12.2%	12.0%	0.2%	10.0%	14.0%	i.O.	
Aktien Ausland	107.2	19.8%	20.0%	-0.2%	18.0%	22.0%	i.O.	
Ergänzungsanlagen	38.1	7.0%	10.0%	-3.0%	8.0%	12.0%	-1.0%	Verletzung Bandbreite
Hedge Funds hedged	26.6	4.9%	5.0%	-0.1%	4.0%	6.0%	i.O.	
Commodities hedged	8.5	1.6%	3.0%	-1.4%	2.0%	4.0%	-0.4%	Verkauf des State Street Commodity Fonds
Private Equity	3.0	0.5%	2.0%	-1.5%	1.0%	3.0%	-0.5%	Aufbauphase
Immobilien	48.0	8.9%	10.0%	-1.1%	8.0%	12.0%	i.O.	
Immobilien FL (direkt)	42.5	7.8%	8.5%	-0.7%	7.0%	10.0%	i.O.	
Immobilien Ausland (global)	5.6	1.0%	1.5%	-0.5%	0.0%	3.0%	i.O.	
Total Anlageklassen	542.1	100.0%	100.0%	0.0%				

Währung	Effektiv	SAA	Diff.	Bandbreiten		Bemerkungen
Schweizer Franken	78.64%	--	--	keine		
Fremdwährung	21.36%	--	--	keine		

SAA: Strategische Asset Allocation = Strategische Vermögensaufteilung

Diverse Bandbreiten werden per 31. Dezember 2007 geringfügig verletzt. Mit der Überarbeitung des Anlagereglements sowie des Funktionendiagramms (Anhang I) und der Bandbreiten (Anhang II) ab 2008, das mittels Beschluss des Stiftungsrates vom 5. Dezember 2007, und von der Regierung vom 11. Dezember 2007 genehmigt wurde, wurden gemäss Complementa Investment-Controlling AG die Verletzungen behoben.

6.4 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente

Per Bilanzstichtag bestehen Derivate auf Fremdwährungen mit einem Marktwert von CHF 392'232.

6.5 Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter securities lending

Per Bilanzstichtag bestehen Wertschriftenleihen mit einem Marktwert von CHF 44'632'950 (LLB CHF 39'423'396, Pictet CHF 5'209'554).

6.6 Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.6.1 Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen

	Erträge	Kurserfolg	Total
	CHF	CHF	CHF
Cash	68'452.72	0.00	68'452.72
Forderungen	11'660.10	0.00	11'660.10
Cash in Wertschriftendepots	369'900.40	-624'871.86	-254'971.46
Geldmarktanlagen	0.00	819'173.86	819'173.86
Obligationen	6'293'088.54	-5'958'216.50	334'872.04
Wandelanleihen	308'439.08	108'211.55	416'650.63
Aktien	3'728'758.55	2'198'854.42	5'927'612.97
Alternative Anlagen	524'096.16	-3'075'289.33	-2'551'193.17
Immobilien	<u>1'982'175.81</u>	<u>-2'285'849.23</u>	<u>-303'673.42</u>
<i>Zwischentotal</i>	<i>13'286'571.36</i>	<i>-8'817'987.09</i>	<i>4'468'584.27</i>
Zinsen			-13'175.88
Verwaltungsaufwand Anlagen			<u>-2'476'587.03</u>
Total			<u>1'978'821.36</u>

Im Berichtsjahr resultierte ein Nettoerfolg von CHF 2.0 Mio., was einer Rendite auf dem durchschnittlichen Vermögen zwischen 0.4% und 0.5% entspricht. Positiv wirkten sich die v.a. im ersten Halbjahr 2007 stärkeren Aktienmärkte aus, die trotz Kursverlusten im 4. Quartal auch per Ende 2007 noch im Plus standen. Dem standen nur geringfügig positive oder gar negative Ergebnisse bei den Obligationen (v.a. in CHF), Alternativen Anlagen (Commodities) und Immobilien Ausland gegenüber. Die Anlagen in Obligationen CHF verzeichneten 2007 im Zeichen steigender Zinsen und Bonitätsaufschläge Kursverluste, die jedoch durch Gewinne bei den währungsabgesicherten Fremdwährungs- resp. Wandelanleihen-Portfolios mehr als wettgemacht werden konnten. Der Nettoverlust von rund CHF -2.6 Mio. bei den Alternativen Anlagen stammt ausschliesslich aus dem Rohstoff-Mandat bei State Street Global Advisors, das nach starken Kursverlusten des Collaterals im Zug der Kreditkrise im August 2007 aufgelöst wurde. Der Nettoverlust bei den Immobilien (CHF -0.3 Mio.) ist die Folge der Kursrückgänge bei den indexierten Anlagen in europäischen Immobilien-Beteiligungsgesellschaften, die v.a. ab Mai 2007 deutlich an Wert verloren.

Der Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
	CHF	CHF
Bankspesen, Gebühren	863'238.46	692'273.49
Management Fees	1'105'277.02	757'768.36
Transaktion Fees, Custody Fees	25'094.15	31'675.42
Wertschriftenbuchhaltung/Controlling	327'693.65	372'673.50
Beraterhonorare	138'713.35	101'017.90
Liegenschaftsverwaltung	<u>16'570.40</u>	<u>0.00</u>
Total	<u>2'476'587.03</u>	<u>1'955'408.67</u>

Zur Zunahme der Position "Bankspesen, Gebühren" haben hauptsächlich die höheren Quellensteuern als Folge der höheren Dividendenerträge in den Aktienportfolios beigetragen. Ebenfalls ins Gewicht gefallen sind die Gebühren und Umsatzabgaben im Zusammenhang mit den Neuinvestitionen in Hedge Funds, Rohstoffe und Immobilien Ausland.

Die markante Zunahme der Position "Management Fees" ist im Wesentlichen die Folge der höheren performanceabhängigen Gebühren (v.a. im Mandat Aktien taktisch bei der Centrum Bank).

6.6.2 Performance

	2007	2006
	CHF	CHF
Nettoergebnis aus der Vermögensanlage zuzüglich Zinsaufwand (A)	1'991'997.24	23'411'286.43
Durchschnittliche Aktiven (B)	527'871'728.20	490'481'239.93
Performance (A) / (B)	<u>0.4%</u>	<u>4.8%</u>

Gemäss dem durch die Complementa Investment-Controlling AG erstellten Performancereport beläuft sich die Rendite auf dem Gesamtvermögen für das Jahr 2007 auf 0.53% (Vorjahr: 5.10%). Der Grund für die abweichenden Performancewerte liegt hauptsächlich in der unterschiedlichen Performancemethodik. Die Complementa Investment-Controlling AG misst im Rahmen der monatlichen Performancemessung die Wertentwicklung jedes einzelnen Investments und berechnet daraus für die einzelnen Mandate, Anlagekategorien und das Gesamtvermögen nach der TWR-Methode (time-weighted return) die Performance. Die Monatsergebnisse werden dann im Jahresverlauf multiplikativ miteinander verknüpft.

6.7 Erläuterung der Anlagen beim Arbeitgeber

	2007	2006
	CHF	CHF
Landesverwaltung	4'237'913.70	2'565'090.51
Angeschlossene Institutionen	<u>1'178'947.15</u>	<u>386'513.85</u>
Total	<u>5'416'860.85</u>	<u>2'951'604.36</u>

Die Anlagen bei Arbeitgeberfirmen enthalten Kontokorrentforderungen aus offenen Beitragszahlungen (ordentliche Beiträge und Sanierungsbeiträge). Es erfolgt keine Verzinsung der Kontokorrente der Arbeitgeber.

Der Landtag hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 24. Oktober 2007 die Ausrichtung eines Sonderbeitrag von 1 % der versicherten Besoldungen pro 2007 als Nachtrag bewilligt und dieser wurde per Ende 2007 einverlangt.

7 Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

7.1 Erläuterungen zur Bilanz

7.1.1 Cash

	2007	2006
	CHF	CHF
Bankguthaben	232'657.90	38'049'556.80

Hier handelt es sich um ein Bankkonto bei der Liechtensteinischen Landesbank.

7.1.2 Forderungen

	2007	2006
	CHF	CHF
Guthaben Renovationsfonds "Burg"	72'783.50	72'423.35
Darlehen	19'365.00	0.00
Darlehen für Einkauf bis 10 Jahre	231'181.70	177'755.40
Darlehen für Einkauf bis 64	1'309'266.45	0.00
Kontokorrent Altmagistraten	12'086.75	10'687.85
Kontokorrent Versicherte	<u>6'568.95</u>	<u>1'567.00</u>
Total	<u>1'651'252.35</u>	<u>262'433.60</u>

Im Posten "Guthaben Renovationsfonds Burg" ist der Anteil der Pensionsversicherung für das Staatspersonal am Renovationsfonds der Liegenschaft Städtle "Burg" enthalten.

Die Position Darlehen beinhaltet Forderungen an Versicherte, die unverschuldet in eine ausserordentliche finanzielle Notsituation geraten sind.

Gestützt auf Art. 17 Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal kann die Einkaufssumme neben einer einmaligen Barzahlung wie folgt finanziert werden.

Variante Darlehen:

Die gesamte Einkaufssumme wird zuerst als Darlehen gewährt, welches in der Folge durch monatliche Zahlungen in längstens zehn Jahren amortisiert wird. Die Darlehen wurden im Berichtsjahr den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend mit 4% verzinst.

Variante Zusatzbeitrag:

Darlehen für Einkauf mittels Zusatzbeitrag bis zum ordentlichen Rentenalter 64. Einen bis zum ordentlichen Rücktrittsalter geschuldeten gleich bleibenden monatlichen Zusatzbeitrag, der beim Eintritt einer Risikoleistungspflicht ausgebucht wird.

Das Kontokorrent Altmagistraten beinhaltet Beitragsforderungen an ausgeschiedene, weiter bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal versicherte Regierungsmitglieder.

Das Kontokorrent Versicherte beinhaltet offene Beitragsforderungen.

7.1.3 Immobilien

	2007	2006
	CHF	CHF
Liegenschaft "Burg", Vaduz	3'560'000.00	5'799'144.00
Mehrzweckgebäude, Triesen	13'200'000.00	9'371'600.00
Bürogebäude "Pflugstrasse", Vaduz	11'800'000.00	9'547'575.00
Überbauung "Real", Vaduz	<u>13'900'000.00</u>	<u>14'285'904.00</u>
Total Direktanlagen	<u>42'460'000.00</u>	<u>39'004'223.00</u>
Indirekte Anlagen Ausland	<u>5'581'432.00</u>	<u>61'920.19</u>
Total	<u>48'041'432.50</u>	<u>39'066'143.19</u>

Die Bewertung der Direktanlagen erfolgte bis zum 31.12.2006 zu Anschaffungswerten abzüglich einer jährlichen Abschreibung von 3% vom Restbuchwert der Gebäude (degressive Abschreibung). Ab 01.01.2007 werden die Liegenschaften zu Marktwerten bewertet.

Gemäss Anlagereglement (Art. 4.5 lit. e) ist die Bewertung der Liegenschaften jährlich einer groben Überprüfung zu unterziehen und mindestens alle drei Jahre nach anerkannten Schätzungsmethoden von unabhängigen Experten zu überprüfen. Letztmals erfolgte eine Überprüfung nach anerkannten Schätzungsmethoden im Juni 2007 rückwirkend auf den 1. Januar 2007 für die Umstellung der Bilanzierung nach Swiss GAAP FER 26. Die dabei ermittelten Werte haben sich bei der Überprüfung per 31. Dezember 2007 nicht verändert und sehen wie folgt aus:

Liegenschaft	Ertragswert	Realwert	Verkehrswert	Marktwert
Burg	2'727'000	5'770'060	3'504'765	3'560'000
MZG	11'648'700	13'246'320	12'447'510	13'200'000
Pflugstrasse	8'756'400	12'406'920	10'581'660	11'800'000
Real	<u>9'283'200</u>	<u>16'814'000</u>	<u>13'048'600</u>	<u>13'900'000</u>
Total	<u>32'415'300</u>	<u>48'237'300</u>	<u>39'582'535</u>	<u>42'460'000</u>

Kurzbeschreibungen der einzelnen Werte:

Ertragswert

Der Ertragswert wird stark durch den Kapitalisierungsfaktor geprägt und beeinflusst. Grundsätzlich basiert er auf einem Durchschnittssatz für eine erste variable Hypothek. Auf diesen Satz erfolgt ein prozentualer Zuschlag je nach Neu- oder Altbau und Art der zu bewertenden Liegenschaft normalerweise zwischen 1 bis 4%. Gemäss Experten wurde für die Liegenschaften im Fürstentum Liechtenstein für das Berichtsjahr mit objektbezogenen Sätzen von 5.0% bis 7.0% gerechnet.

Realwert

Dieser Wert ergibt sich aus der Summe der Werte für Boden, Wohn- und Gebäudewert sowie Erschliessungskosten abzüglich der Minderwerte.

Verkehrswert

Indem Ertrags- und Realwert gewichtet werden (je nach Gebäudetyp unterschiedlich), resultiert der Verkehrswert.

Marktwert

Dieser Wert berücksichtigt nebst oben genannten Werten zusätzlich noch Lage, Zustand und Ausbau.

7.1.4 Aktive Rechnungsabgrenzung

	2007	2006
	CHF	CHF
Wertschriften	190'906.91	118'591.36
Liegenschaften	<u>103'518.56</u>	<u>83'722.16</u>
Total	<u>294'425.47</u>	<u>202'313.52</u>

7.1.5 Verbindlichkeiten

	2007	2006
	CHF	CHF
Freizügigkeitsleistungen und Renten	1'126'324.65	2'161'359.35
Andere Verbindlichkeiten		
- Kreditoren	363'755.95	281'709.70
- Quellensteuer	53'851.90	46'744.59
- Liegenschaften	21'984.80	19'402.95
- Versicherte	39'456.75	3'707.30
- Verbindlichkeiten Arbeitgeber	<u>18'967.09</u>	<u>1'759'491.09</u>
Total	<u>1'624'341.14</u>	<u>4'272'414.98</u>

Freizügigkeitsleistungen und Renten

Es handelt sich einerseits um Freizügigkeitsleistungen von Austritten im Berichtsjahr 2007, welche erst nach dem 31. Dezember 2007 abgerechnet und ausbezahlt werden konnten und andererseits um noch nicht verwendete Eintrittsleistungen für Versicherte, die erst nach dem 31. Dezember 2007 der Stiftung beitreten.

Kreditoren

Es handelt sich um Rechnungen, die im 2008 eingegangen sind und das Berichtsjahr 2007 betreffen.

Quellensteuer

Die Quellensteuer wurde bei Auszahlungen ins Ausland abgezogen und ist der Steuerverwaltung geschuldet.

Liegenschaft

Im Zusammenhang mit dem Erwerb des Bürogebäudes "Pflugstrasse" wurden vom früheren Eigentümer verschiedene Mietverträge samt Mieterkautionen übernommen. Im heutigen Zeitpunkt besteht nur noch eine Mieterkaution. Diese wurde gestützt auf Art. 11a Abs. 3 der Verordnung zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal unverändert gegenüber dem Vorjahr zu 0.5% (Zinssatz für einfache Sparkonti) verzinst. Die Position beinhaltet auch das Eigentümerkonto der Überbauung "Real".

Versicherte

Es handelt sich um hauptsächlich um Beiträge für das Versicherungsjahr 2008.

Verbindlichkeiten Arbeitgeber

Der Saldo beinhaltet Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Institutionen. Dabei handelt es sich um Kontokorrent-Konten, über welche die Belastungen und Gutschriften der Pensionsversicherung für das Staatspersonal erfolgen. Der hohe Saldo 2006 war hauptsächlich auf die Reduktion der Sonderbeiträge von 2.0% auf 1.0% (Beschluss des Landtags) zurückzuführen, der erst im 2007 zurückbezahlt wurde.

7.1.6 Passive Rechnungsabgrenzung

	2007	2006
	CHF	CHF
Diverses	119'264.00	0.00
Wertschriften	<u>486'174.75</u>	<u>277'441.50</u>
Total	<u>605'438.75</u>	<u>277'441.50</u>

Diverse

Es handelt sich um den Beitrag an den Sicherheitsfonds BVG der Schweiz.

Wertschriften

Es handelt sich um die an die Vermögensverwalter der Poolanlagen zu erstattenden Pauschalgebühren aufgrund der performanceorientierten Mandatsverträge.

7.2 Erläuterungen zur Betriebsrechnung

7.2.1 Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen

Beiträge Arbeitnehmer / Arbeitgeber

Die ordentlichen Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber betragen je 1.5% für die Risikoversicherung und je 6.0% für die Altersversicherung der versicherten Besoldung. Die Differenz kommt aus den vom Arbeitnehmer bezahlten Arbeitgeberbeiträgen bei unbezahlten Dienstupbrüchen und aus freiwilligen Beschäftigungsgraderhöhungen, die eine Erhöhung der versicherten Besoldung bewirken.

Einmaleinlagen und Einkaufssummen

Zur Leistungsverbesserung können von den Versicherten freiwillig Versicherungsjahre eingekauft werden. Diese Einzahlungen sind unter der Position "Einmaleinlagen und Einkaufssummen" ersichtlich.

Sanierungsbeiträge Arbeitgeber

Gestützt auf die in Art. 14d des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal festgeschriebene Finanzierungsgarantie verpflichten sich die Arbeitgeber zur Leistung eines Sonderbeitrages, wenn dies aufgrund der finanziellen Lage der Pensionsversicherung für das Staatspersonal notwendig ist, um das den versicherungstechnischen Grundsätzen entsprechende Vermögen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zu schaffen und zu wahren. Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 24. Oktober 2007 dem Antrag der Regierung zugestimmt, den Sonderbeitrag von 1% der versicherten Besoldung für das Jahr 2007 zu entrichten.

7.2.2 Eintrittsleistungen

Die "Freizügigkeitseinlagen" entsprechen dem beim Eintritt von Versicherten eingebrachten Pensionsgeld anderer Personalvorsorgestiftungen.

7.2.3 Reglementarische Leistungen

Pensionen

Im Vergleich zum Vorjahr ist bei den Alterspensionen eine Zunahme von 15.4% (Vorjahr 13.0%) festzustellen. Die Hinterlassenenpensionen reduzierten sich im Jahr 2006 um 0.6% und im Jahr 2007 ist wieder eine Zunahme von 5.5% festzustellen. Die Invalidenpensionen erhöhten sich um 8.3% (Vorjahr 7.1%).

Kapitalleistungen

Gestützt auf Art. 8 Abs. 2 der Verordnung vom 27. März 2001 zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal kann eine Kapitalleistung ausgerichtet werden, wenn die Alters- oder die Invalidenpension weniger als 10%, die Ehegattenpension weniger als 6% oder die Waisen- und Invaliden-Kinderpension weniger als 2% der minimalen einfachen Altersrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung beträgt.

7.2.4 Austrittsleistungen

Freizügigkeitsleistungen bei Austritt

Die Austrittsabfindungen werden ausgerichtet, wenn das Dienstverhältnis eines Versicherten endet, ohne dass Ansprüche auf Versicherungsleistungen begründet werden. Die Höhe der Freizügigkeitsleistung ist in Art. 41 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonals geregelt.

Vorbezüge Scheidung

Gestützt auf Art. 43a des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist die für die Ehedauer zu ermittelnde Austrittsleistung nach den Bestimmungen des Ehegesetzes zu teilen.

7.2.5 Ergebnis Immobilien

	2007	2006
	CHF	CHF
Direktanlagen		
Liegenschaft "Burg", Vaduz	110'167.15	-31'048.55
Mehrzweckgebäude, Triesen	615'188.80	420'196.35
Bürogebäude "Pflugstrasse", Vaduz	848'485.40	306'051.50
Überbauung "Real", Vaduz	<u>402'859.40</u>	<u>182'439.15</u>
	<u>1'974'700.75</u>	<u>877'638.45</u>
Indirekte Anlagen		
Immobilienfonds Ausland	<u>-2'280'374.17</u>	<u>9'631.81</u>
Total	<u>-303'673.42</u>	<u>887'270.26</u>

Das Liegenschaftsergebnis hat sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr bei sämtlichen Objekten verbessert. Durch die Bilanzierung nach Swiss GAAP FER 26 zu Marktwerten mussten keine Abschreibungen der Immobilien vorgenommen werden. Bei der Immobilie "Pflugstrasse" konnte zudem ein Ertrag aus der Ausnutzungszifferverlagerung erwirtschaftet werden.

Mitte März 2007 wurde ein Investment im Balzac Real Estate Europe-Indexfonds von State Street getätigt, welcher in die im EPRA/NAREIT Europe Liquid 40 enthaltenen Immobilien-Beteiligungsgesellschaften investiert. Das Fremdwährungsrisiko wurde von Beginn weg abgesichert. Aus dem Kursrückgang der im Referenzindex enthaltenen Werte ab Mitte April 2007 resultierte bis Ende 2007 auf nicht währungsabgesicherter Basis eine Negativrendite von 29.9%, was einem Wertverlust von CHF 2.3 Mio. entspricht.

Liegenschaftsrechnung Burg, Vaduz

	2007	2006
	CHF	CHF
Pachtertrag Brasserie Burg	144'000.00	144'000.00
Pachtertrag Bürotrakt	40'200.00	40'200.00
Übriger Ertrag	360.15	4'663.35
Unterhalt und Reparaturen	-49'661.50	-39'417.70
Übriger Liegenschaftsaufwand	-24'731.50	-14'871.20
Abschreibung Liegenschaft	<u>0.00</u>	<u>-165'623.00</u>
Liegenschaftserfolg/-verlust	<u>110'167.15</u>	<u>-31'048.55</u>

Die Ertragssituation der Überbauung Städtle "Burg" hat sich gegenüber dem Vorjahr stark verbessert. Diese Verbesserung ist vor allem auf die nicht notwendige Abschreibung zurückzuführen. Im Berichtsjahr fielen grössere Unterhaltsarbeiten im Innenbereich und bei den Elektroanlagen an.

Liegenschaftsrechnung Mehrzweckgebäude, Triesen

	2007	2006
	CHF	CHF
Mietertrag	640'680.00	640'680.00
Unterhalt und Reparaturen	-25'491.20	-228.65
Abschreibung Liegenschaft	<u>0.00</u>	<u>-220'255.00</u>
Liegenschaftserfolg	<u>615'188.80</u>	<u>420'196.35</u>

Das Mehrzweckgebäude ist an das Land Liechtenstein vermietet. Die Verbesserung ist vor allem auf die nicht notwendige Abschreibung zurückzuführen. Im Berichtsjahr fielen grössere Unterhaltsarbeiten bei den Storen und für die Sanierung der Rampe an.

Liegenschaftsrechnung Pflugstrasse, Vaduz

	2007	2006
	CHF	CHF
Mietertrag	519'234.00	528'464.00
Übriger Ertrag	375'929.20	6'431.10
Unterhalt und Reparaturen	-16'102.85	-18'993.85
Übriger Liegenschaftsaufwand	-30'574.95	-22'340.75
Abschreibung Liegenschaft	<u>0.00</u>	<u>-187'509.00</u>
Liegenschaftserfolg	<u>848'485.40</u>	<u>306'051.50</u>

Das Ergebnis der Liegenschaft "Pflugstrasse" hat sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant verbessert. Der Hauptgrund dafür liegt im Ertrag aus der Ausnutzungszifferverlagerung an die angrenzende Liegenschaft. Die Verbesserung ist auch auf die nicht notwendige Abschreibung zurückzuführen.

Liegenschaftsrechnung Real, Vaduz

	2007	2006
	CHF	CHF
Mietertrag	448'320.00	448'320.00
Unterhalt und Reparaturen	-45'460.60	-35'725.85
Abschreibung Liegenschaft	<u>0.00</u>	<u>-230'155.00</u>
Liegenschaftserfolg	<u>402'859.40</u>	<u>182'439.15</u>

Die Verbesserung ist vor allem auf die nicht notwendige Abschreibung zurückzuführen. Im Berichtsjahr fielen grössere Unterhaltsarbeiten bei den Storen und für die Elektroanlagen (Notstromanlage und Tageslichtrechner) an.

7.2.6 Sonstiger Ertrag

Der sonstige Ertrag resultiert hauptsächlich aus einer Rücküberweisung einer Freizügigkeitsleistung, der Umbuchung eines Darlehens und eingenommenen Beiträgen aus einem Dienstverhältnis bei dem im Nachhinein der Austritt vom Arbeitgeber korrigiert wurde.

7.2.7 Sonstiger Aufwand

Der sonstige Aufwand resultiert aus kleineren Beitragskorrekturen und einer Umbuchung aus dem Jahr 2006.

7.2.8 Verwaltungsaufwand

	2007	2006
	CHF	CHF
Verwaltungskosten intern	283'938.48	289'736.10
Bankspesen, Gebühren operativ	392.55	1'559.67
Beratungsaufwand, PK-Experte	326'551.90	387'524.75
Revision, Stiftungsrat, Anwalt	93'862.15	61'262.30
Ausbildungskosten	4'614.00	802.80
Drucksachen, etc.	10'151.10	13'952.35
Infrastruktur	153'708.75	44'100.00
Übriger Aufwand	<u>2'589.90</u>	<u>10'850.20</u>
Total	<u>875'808.83</u>	<u>809'788.17</u>

Im Berichtsjahr stellte die Revisionsgesellschaft die Mehraufwendungen für die Umstellung zu Swiss GAAP FER 26 in Rechnung. Durch die schon im Jahr 2006 sehr fortgeschrittenen Expertenarbeiten für die Revision des Pensionsversicherungsgesetzes konnte im Jahr 2007 dieser Aufwand reduziert werden. Bei der Infrastruktur handelt sich überwiegend um die 1. Rate der neuen Pensionsversicherungssoftware.

8 Auflagen der Aufsichtsbehörde

Keine.

9 Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

9.1 Sonderbeitrag

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 22. November 2006 in Abweichung zum Bericht und Antrag die Ausrichtung eines Sonderbeitrages für das Jahr 2007 mit 0.0% berücksichtigt. Gemäss Versicherungsexperten steht die Reduktion des vorgeschlagenen Sonderbeitrages von 1% im Widerspruch zur Verordnung zur Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal. Der Stiftungsrat beantragte deshalb, den Sonderbeitrag für das Jahr 2007 von 1% wie bereits im Bericht und Antrag vorgeschlagen nachzuverlangen. Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 24. Oktober 2007 dem Antrag der Regierung zugestimmt, den Sonderbeitrag von 1% der versicherten Besoldung für das Jahr 2007 zu entrichten.

In seiner Sitzung vom 24. Mai 2007 befasste sich der Stiftungsrat mit der versicherungsmathematischen Bilanz 2006. Der zur Sicherstellung der Finanzierung notwendige Sonderbeitrag wurde gemäss Antrag des Versicherungsexperten für das Jahr 2008 auf 1% der Summe der beitragspflichtigen Besoldungen für die aktiven Versicherten festgesetzt.

9.2 Nachschusspflichten

In Zusammenhang mit der Private Equity Anlage besteht eine Nachschusspflicht im Umfang von EUR 5'159'000.

10 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

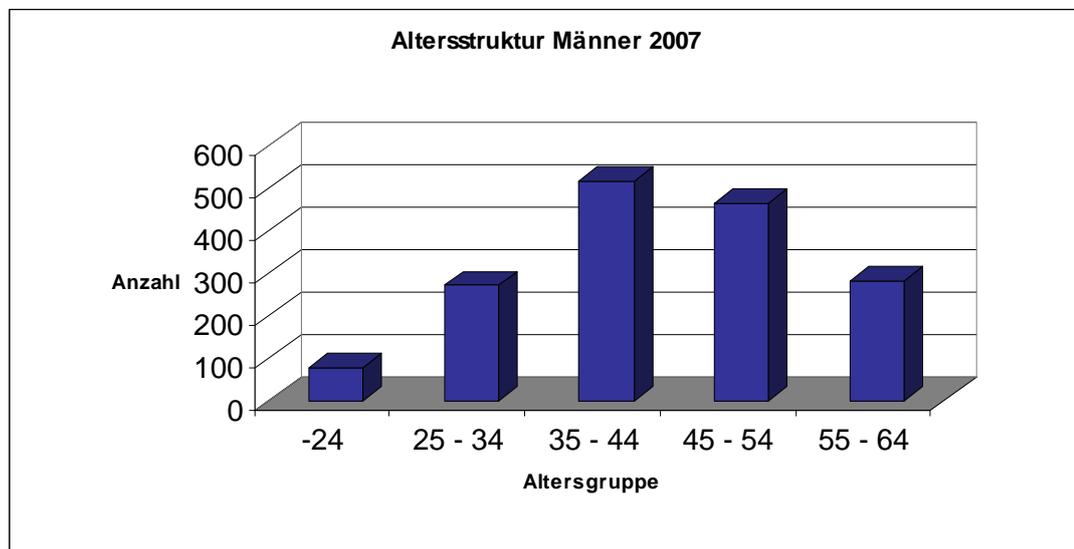
Keine.

Angaben zum versicherungstechnischen Teil

Altersstruktur Aktive Versicherte

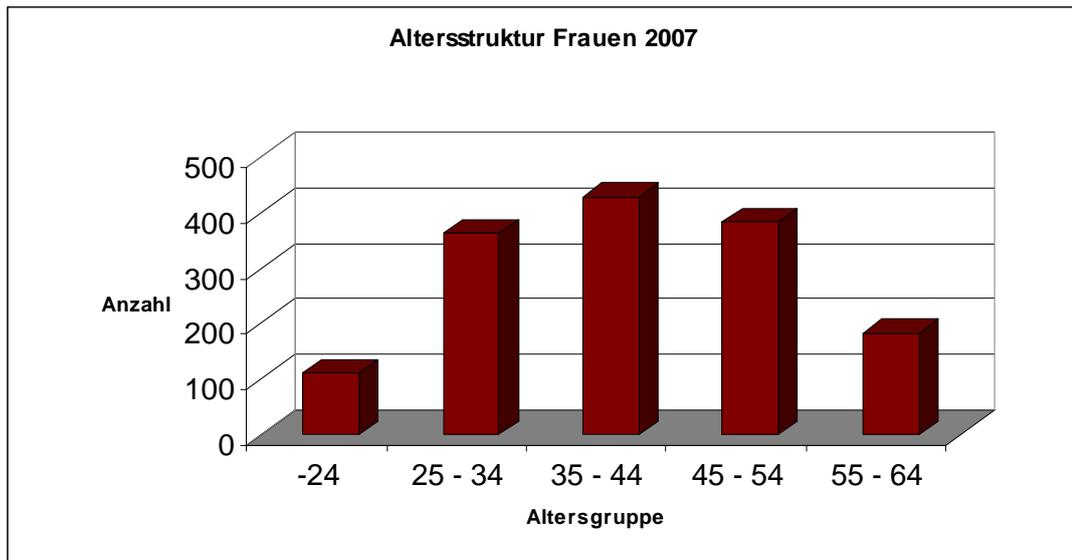
Männer

Altersgruppe	31.12.2007		31.12.2006	
	Anzahl	%	Anzahl	%
- 24	79	4.9	76	5.0
25 - 34	272	16.8	285	18.5
35 - 44	518	32.1	482	31.1
45 - 54	464	28.7	435	28.0
55 - 64	282	17.4	270	17.4
Total	1'615	100.0	1'548	100.0



Frauen

Altersgruppe	31.12.2007		31.12.2006	
	Anzahl	%	Anzahl	%
- 24	111	7.5	111	7.9
25 - 34	363	24.7	351	25.1
35 - 44	429	29.2	413	29.6
45 - 54	383	26.1	365	26.1
55 - 64	183	12.5	158	11.3
Total	1'469	100.0	1'398	100.0



Durchschnittswerte:

Lebensalter, Eintrittsalter und abgelaufene Versicherungsdauer

Lebensalter am 1.1.	2008	2007	2006	2005
Männer	43.8	43.5	43.3	42.9
Frauen	41.1	40.9	40.8	40.7
Insgesamt	42.5	42.2	42.2	41.9

Eintrittsalter am 1.1.	2008	2007	2006	2005
Männer	29.7	29.4	29.4	29.5
Frauen	30.8	30.8	31.0	31.5
Insgesamt	30.2	30.1	30.2	30.5

Abgelaufene Ver- sicherungsjahre am 1.1.	2008	2007	2006	2005
Männer	14.1	14.1	13.9	13.4
Frauen	10.3	10.1	9.8	9.2
Insgesamt	12.3	12.1	12.0	11.5

Durchschnittsalter Pensionisten

Pensionsart	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
Alter			
Männer	71.1	71.0	71.2
Frauen	68.5	68.4	68.5
Kinder	19.7		
Hinterlassene			
Männer	64.4		
Frauen	73.0		
Kinder	15.4		
(Total)		72.1	71.5
Invaliden			
Männer	56.3	56.9	57.8
Frauen	52.9	52.2	52.8
Kinder	15.5		
(Kinder)		17.4	17.8
Total	68.7	68.4	68.4

In den Vorjahren wurden die Kinder nicht den einzelnen Pensionsarten zugerechnet sondern zusammengefasst dargestellt. Hinterlassene wurden in den Vorjahren nicht nach Geschlecht aufgeteilt.

Altersstruktur Pensionisten (ohne Kinder)

Altersgruppe	Alter		Hinterlassene		Invaliden	
	31.12.07	31.12.06	31.12.07	31.12.06	31.12.07	31.12.06
20 – 34	0	0	1	1	3	2
35 – 44	0	0	2	2	4	5
45 – 54	0	0	4	4	26	26
55 – 64	89	89	26	23	39	37
65 – 74	211	182	22	23	0	0
75 – 84	69	67	38	40	0	0
85 – 94	18	15	14	10	0	0
über 95	0	0	2	1	0	0
Total	387	353	109	104	72	70